

Mindestlohn nach Merkel-Art

Seit geraumer Zeit profiliert sich Frau Merkel in Sachen Mindestlohn. Das Thema heiß und die CDU muss es irgendwie besetzen, möglichst ohne das Wort selbst in den Mund zu nehmen - schließlich ist es für Unternehmer ein rotes Tuch. Statt dessen spricht man lieber von "Lohnuntergrenze". Seit dem 19. Dezember ist die Katze aus dem Sack: Das Bundeskabinett beschloss die "Lohnuntergrenze" für den Sektor Leiharbeit.

Für das Gebiet der ehemaligen DDR gilt somit ein Satz von 7,01 €, für das Gebiet der alten BRD 7,89 € pro Stunde. Brutto, versteht sich. Netto sind das 5,50 bzw. 6,10 €. Bei Vollzeitarbeit mit 40 Stunden in der Woche kommt also ein Leiharbeiter im Osten auf durchschnittlich 924 €, sein Kollege im Westen immerhin auf satte 1024,80 €. Hartz IV-Bezieher können zu ihrem Satz von ca. 750 € noch 180 € hinzuverdienen, ohne dass diese verrechnet werden und kommen somit auf

930 €. Die Merkel-Lohnuntergrenze bedeutet also, dass jemand, der für diesen Lohn arbeiten muss, ziemlich genau auf dem Minimum lebt, das von der Regierung selbst als untere Grenze der Lebenshaltung definiert wird.

Dahin wollen die Unternehmer das Lohnniveau haben. Die Unternehmerregierung (derzeit sind dies CDU/CSU/FDP) sorgt dafür, dass es so kommt. Und - besonders wichtig - die Arbeitnehmer", die derzeit noch das doppelte oder mehr verdienen, sollen sich nicht täuschen: Am oben vorexerzierten Maßstab wird auch ihr Einkommen gemessen werden! Da steht noch jede Menge "Flexibilisierung" und "Standortsicherung" an. Das wird unweigerlich kommen, wenn es nicht zu einer Gegenwehr der Mitarbeiter in

Betrieben und Verwaltungen, Ihren Gewerkschaften und sozialen Kräften kommt. Diese sollte ebenso entschlossen und konsequent wie die Unternehmer-Offensive sein. Wir müssen weiter um den gesetzlichen Mindestlohn kämpfen - denn uns von den Hungerlöhnen zu erlösen, können wir nur selber tun!

Sensation beim Mindestlohn:

CDU unter Umständen vielleicht

möglicherweise für ein

bisschen mehr Gerechtigkeit

Merkel: "Wir überlegen noch!"

Energiewende in den Bornhorster Wiesen?

Machen wir uns nichts vor: Im kapitalistischen Gesellschaftssystem verläuft die Energiewende nach den Regeln des Kapitalismus. Rücksichten auf Mensch und Natur sind da nicht vorrangig. Vorrangig sind die Gewinnerwartungen und das Profitstreben.

Das ist offensichtlich auch so beim Versuch



eines Investors - und der ihn unterstützenden politischen Kräfte in Oldenburg - ausgerech-

net in den Bornhorster Wiesen einen Windpark zu errichten. Gut dass die Mehrheit der Oldenburger Grünen sich dazu durchgerungen hat, diese Rücksichtslosigkeit gegenüber der Natur abzulehnen. Was aber hindert die SPD an der Ablehnung dieses für eine Energiewende absolut unnötigen Projektes? Auch ohne die vier geplanten Windräder wird auf Oldenburger Boden etwas für die Energiewende getan, zum Beispiel mit der Gewinnung von Solarenergie auf einem Teil des ehemaligen Flughafens. Und es kann selbstverständlich noch viel in unserer Stadt dafür getan werden um noch konsequenter Energie zu sparen. Übrigens: Wie viel Geld und Energie würde allein schon in die Schaffung der Infrastruktur gesteckt werden müssen, die für den Aufbau der Windräder in den Bornhorster Wiesen erforderlich ist (u.a. Bau einer eigenen Autobahnabfahrt)?

Die mehr oder minder heimlichen Gegner einer Energiewende und eines konsequenten Natur- und Landschaftsschutzes versuchen zur Zeit ganz offen, das objektiv vorhandene Konfliktpotenzial für die Verunsicherung und Diskreditierung der Atomkraftgegner und der Naturschützer zu nutzen bzw. Teile dieser Gruppierungen gegeneinander aufzubringen. Leserbriefe in der größten regionalen Tageszeitung belegen das. Davon darf man sich nicht beeindrucken lassen.

Allerdings ist kräftiger parlamentarischer und besonders außerparlamentarischer Widerstand notwendig, um einen mit der Bevölkerung und dem Naturschutz nicht abgestimmten Durchmarsch der Energieunternehmen zu verhindern - in den Bornhorster Wiesen und anderswo. Einzufordern sind Transparenz und ein Mindestmaß an staatlicher Steuerung und Planung unter Einbeziehung der Bürger. Den Kapitalismus schaffen wir so zwar nicht ab, aber wir setzen ihm Grenzen und geraten so sicherlich in eine aktive und produktive Auseinandersetzung mit seinen profitorientierten Nutznießern. Eine demokratische und gesellschaftliche Gesamtplanung mit integrierter regionaler und kommunaler Selbst- und -mitbestimmung setzt allerdings gesellschaftliches und genossenschaftliches Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln und Banken voraus. Je deutlicher wir dem Kapitalismus schon heute Grenzen setzen, je beharrlicher wir Einmischung und Demokratie von unten leben, desto näher rückt die Perspektive einer Gesellschaft, in der die undemokratische Macht des großen Banken- und Industriekapitals eingeschränkt und letztlich überwunden werden kann.

O-Ton DKP
www.kommunisten.de

Schlecker - Lehrbeispiel für kapitalistische Realität

Im Einzelhandel tobt bei sinkender Massenkaufkraft auf dem Rücken der Beschäftigten ein ruinöser Konkurrenzkampf. Der Drogerie-



markt ist umkämpft u.a. zwischen Roßmann, Werner (dm) und Müller und eben Schlecker. Auch Anton Schleckers Erfolgsrezept ruhte auf Säulen, wie keine Betriebsräte und keine Gewerkschaft. Entsprechend waren die Arbeits- und Bezahlungsverhältnisse für über 30.000 Beschäftigte, zumeist Frauen.

Seit den neunziger Jahren organisierten die Frauen sich in HBV und DAG, heute ver.di, und wählten gegen massive Widerstände des Unternehmens Betriebsräte. Sie lernten auch, für ihre Forderungen zu streiken. Zuletzt war etwa ein Drittel organisiert, was auch von persönlichem Mut zeugt. Schlecker musste Tarifverträge anerkennen.

Als Schlecker mit seinen XL-Läden sein Stammpersonal über Leiharbeit in Armutslöhne abdrängen wollte, wehrten sich die Beschäftigten. Es gab breite Unterstützung in der Öffentlichkeit, sogar Ministerin von der Leyen musste reagieren. Ver.di rief zum Boy-

kott dieser Filialen auf. Schlecker musste nachgeben.

Nun hat die Schleckerfamilie den Karren in den Dreck gefahren, auch infolge des selbstherrlichen Führungsstils, aber vor allem als Folge kapitalistischer Normalität; denn bei stagnierenden Märkten überlebt, wer wächst, andere gehen unter. Das führte bei keinem Großkapitalisten zu persönlicher Not, anders als bei den Beschäftigten. Ihr Weg ins Verarmungsprogramm Hartz IV ist maximal 365 Tage lang., wenn sie nicht gleich als

Aufstockerinnen zum Arbeitsamt müssen, weil ihr ALG I für prekär Beschäftigte oft nicht mal das Hartz IV-Niveau erreicht.

Dabei wäre es schon ein Unterschied gewesen für 11.000 Schleckerfrauen und ihre Familien, zunächst in einer Auffanggesellschaft zu 80% ihres bisherigen Nettolohns beschäftigt zu werden, wenn Qualifizierungsmaßnahmen in einem Beschäftigungsverhältnis stattfinden und sich aus dem heraus um eine andere Stelle beworben werden kann. Dies scheiterte an der fehlenden Bürgschaft einiger Bundesländer für 70 Millionen Euro Kredit von der KfW-Bank.

Jetzt macht ein gewisser Döring (FDP) Stimmung. Ver.di habe zum Boykott von Schlecker aufgerufen und die Pleite mitverursacht. Was wirklich war, siehe oben. Man könnte das Geheule einer Partei ignorieren, die merkt, daß ihre Klientel sie nicht mehr braucht. Da aber noch Minister dieser Partei

mitreden, konnten sie den Kredit verhindern. Und gaben den anderen Neoliberalen die Chance, sich hinter der FDP zu verstecken. Sie sollten "schnellstmöglich eine Anschlussverwendung finden", riet FDP-Chef Rösler den Frauen mit kaum zu übertreffendem Zynismus.

Die Pleitebank KfW wurde als erste mit 12 Milliarden Steuergeldern gerettet. Danach wurde ein "Rettungsschirm" für die Zocker mit 480 Mrd. Euro in nur sechs Tagen als Gesetz durchgepeitscht. 173 Milliarden kostete die Übernahme fauler Papiere der HRE. Mal gerade 0,4 Promille dieser Summe hätten für die Schleckerfrauen gereicht.

Schlecker ist ein Lehrbeispiel für kapitalistische Realität. Rettungsschirme für die Reichen, einen Tritt für Belegschaften. Mit ihrem jahrelangen Kampf haben die Schlecker-Frauen viel erreicht. Was jetzt zu stemmen war, ging über die Kraft einer einzelnen Belegschaft, trotz vielfältiger Solidarität. Die Verbindung und Vernetzung vieler Belegschaften, von Schlecker bis Opel, zusammen mit den Gewerkschaften und anderen sozialen und demokratischen Bewegungen, kann ein gesellschaftliches Klima schaffen, in dem es sich erfolgreicher wird kämpfen lassen. Auch bei Schlecker.

Ich will.....

..... Mitglied werden

..... die UZ (Wochenzeitung der
DKP) 4 Wochen kostenlos
beziehen

..... eingeladen werden

..... Informationen bekommen

Name:.....

Straße:.....

PLZ, Wohnort:.....

E-Mail:.....

Ankreuzen und Einsenden an:
siehe Impressum

**Die DKP steht für gemeinsamen
Widerstand gegen Kapital und Ka-
binett, für Gemeinsamkeit der Lin-
ken, für radikale Veränderungen,
für eine andere Gesellschaft, den
Sozialismus!**

www.kommunisten.de

Dividenden-Füllhorn - Telekom an der Spitze

Zur gleichen Zeit, in der die Beschäftigten bescheiden 6,5% mehr Lohn und Gehalt fordern, werden die Aktionäre mit saftige Dividenden überschüttet.

Zu den üppigen Profiten der Konzerne haben sie keinen Handstrich beigetragen, diese wurden allesamt von den KollegInnen erarbeitet. Im Frühjahr 2012 wollen die DAX 30-Konzerne gut 27 Milliarden Euro für das Geschäftsjahr 2011 ausschütten. Etwa zehn Prozent mehr als im Vorjahr.

Mit 3 Milliarden Euro schüttet die Deutsche Telekom wieder am meisten von allen aus.

Für nachhaltige Investitionen und Zukunfts-

sicherung der Arbeitsplätze bleibt da kaum noch Geld über. Für die 6,5% mehr Lohn für die 85.000 tariflich Beschäftigten der Telekom aber ist angeblich kein Geld da.

Satte Dividenden an die Aktionäre und Nullangebot an die Beschäftigten, das ist "eine Provokation", sagte Lothar Schröder vom Ver.di Bundesvorstand und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender. Die Verwirklichung der 6,5%-Forderung würde schlappe 240 Millionen Euro kosten - 8% der Dividenden-Ausschüttung der Telekom. Mit dem Geld an die Aktionäre könnte die Telekom die Lohnerhöhung der nächsten 15 Jahre bestreiten.

Während die Arbeitnehmer in den vergangenen zehn Jahren einen Reallohnverlust von 4,9% hinnehmen mussten, erhöhten sich die Dividenden der DAX 30-Konzerne in den letzten zehn Jahren um 87 Prozent!

Sie kriegen den Hals nicht voll - legen wir ihnen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung das Handwerk.

Spenden? – Ja bitte!

Dann an
DKP Oldenburg
Konto-Nr. 25400060
BLZ 280 501 00
Landessparkasse Oldenburg
Wir danken!

EWE - Sign - Kultusministerium: Verschenkte Lehrerstunden

Noch einmal das Thema: "sign" und EWE (Frau Del Valle - Dr. Brinker).

Warum? Unsere Landesregierung hat dieses so genannte Präventionsprojekt, das inzwischen auch Gegenstand staatsanwaltlicher Ermittlungen ist, jahrelang mit kostenlosen Lehrerstunden gefüttert, indem sie Lehrkräfte für das Projekt freistellte. Der Geldwert für das Del Valle-Unternehmen betrug nach Angaben der Landesregierung fast 700.000 Euro.

Damals leitete Herr Busemann das Kultusressort. Er ist heute Niedersachsens Justizminister. Er hat es bis heute nicht für nötig gehalten, sich zu dieser Vorteilsgewährung für ein privates Unternehmen zu Lasten der regulären Unterrichtsversorgung und des Steuerzahlers zu erklären. Auch der amtierende Kultusminister Althusmann hat bisher wenig zur Aufklärung beigetragen.

Immerhin hatte es schon seit 2007 von den für das Projekt arbeitenden Lehrkräften wiederholt Beschwerden zum Projekt und über Frau Del Valle gegeben. Diesen Be-

schwerden wurde offensichtlich nicht die gebührende Aufmerksamkeit zuteil. Sie hatten nicht einmal zur Folge, die Arbeit des Projektes und das Geschäftsgebaren Frau Del Valles genauer unter die Lupe zu nehmen.

Bis heute wissen wir nicht, wer aus dem Ministerium sich da wie verhalten hat und warum.

Inwieweit Herr Busemann selbst seine schützende Cheffhand zugunsten des schon damals in die Kritik geratenen Projekts genutzt hat, konnten wir ebenfalls bis heute nicht erfahren. Transparenz ist offensichtlich ein Fremdwort für die Politiker in der niedersächsischen Landesregierung.

Noch etwas anderes ist auffällig. Im gleichen Zeitraum, in dem einer geschäftstüchtigen Dame mit EWE-Geldern und kostenlosen Lehrkräften des Landes Niedersachsen ihre wirkungslose Drogen- und Gewaltpräventionsshow ermöglicht wurde, reduzierte die Landesregierung an etlichen Grundschulen die Lehrerversorgung: Sie schaffte die Volle Halbtagsgrundschule ab. Gerade in der Stadt

und im Landkreis Oldenburg waren mehrere Schulen davon betroffen. Dabei sind gut ausgestattete Grundschulen, an denen Kinder



entspannt lernen und individuell gefördert werden können, von allergrößter gewalt- und drogenvorbeugender Wirkung.

Künstliche Vorzeigeprojekte, um die viel Medienwirbel gemacht wird, sind - auch ohne die betrügerische Variante - keine Alternative dazu.

Öffentlicher Dienst: Soziale Komponente nicht erkämpft

Das Ergebnis: 6,3 Prozent mehr Lohn in zwei Jahren, gestaffelt in drei Erhöhun-



gen zu 3,5 Prozent und zweimal 1,4 Prozent, 50 Euro mehr für Auszubildende sofort und weitere 40 im nächsten Jahr, aber kein Mindestbetrag. Das sind die wesentlichsten Ergebnisse der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen.

Wäre es nach den öffentlichen Arbeitgebern gegangen, hätte es allenfalls ein Prozent jährlich gegeben, so wie dies Rot-Grün in Rheinland-Pfalz per Gesetz für die Beamten bis 2015 festgeschrieben hat. Das Gerede von den leeren Kassen konnte die betroffenen Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden nicht zum Verzicht bewegen. Sie wissen dass die Finanznot, insbesondere der Kommunen, politisch gewollt ist. Über 100.000 Kolleginnen und Kollegen wiesen mit Warnstreiks und Demonstrationen das Ansinnen der kommunalen Arbeitgeber zurück. 23.000 neue Mitglieder konnte ver.di aufnehmen.

Das Ergebnis reicht wahrscheinlich für einen Inflationsausgleich. Es errechnen sich gut 4,7 Prozent in zwei Jahren. Immerhin sind die 6,3 Prozent im Gegensatz zu Einmalzahlungen früherer Jahre tabellenwirksam und somit Grundlage für die 2014 wieder anstehende Lohnrunde. Den anvisierten teilweisen Ausgleich für die Verluste der letzten Jahre und eine Beteiligung am gesamtgesellschaftlichen Produktivitätsfortschritt bringt das Ergebnis nicht.

Besonders umstritten ist das Fehlen eines Mindestbetrags als sozialer Komponente, was auch zu kontroversen Diskussionen bei den GewerkschafterInnen führte und führt. Gerade dafür waren viele Beschäftigte aus

den unteren Entgeltgruppen auf die Straße gegangen, viele Gewerkschaftsmitglied geworden. Im Vorfeld und in der Mitgliederbefragung zeigte und zeigt sich viel Unzufriedenheit wegen des fehlenden Mindestbetrages.

Viele Gewerkschaftsmitglieder waren und sind nicht nur bereit für mehr zu kämpfen, sondern haben sich vor Ort konkret darauf vorbereitet. Was auf jeden Fall vergeben wurde, war die Chance, mit zeitlich parallelen und koordinierten Tariffkämpfen im Öffentlichen Dienst, bei der Telekom und in der Metall- und Elektroindustrie die Frage nach einem Stopp der Verteilung von unten nach oben verstärkt auf die gesellschaftspolitische Tagesordnung zu setzen.

Bei Durchsetzung der Mindestanhebung.....

.....wäre der Stundenlohn in der untersten Entgeltgruppe von 8,57 Euro auf 9,76 Euro angestiegen. Jetzt bedeutet dies nur 8,87 Euro. Im Februar 2014, am Ende der Laufzeit, beträgt der Stundenlohn dann 9,12 Euro. Dies führt besonders zur Versteinerung des Niedriglohnbereichs im öffentlichen Dienst.

Die Hauptverantwortung dafür gehört dem Verhandlungsführer der Arbeit"geber"seite, dem CSU-Innenminister Friedrich. Bei den Verhandlungen zur Anhebung der Entgeltgruppen wurde besonders gemauert. Die Öffentliche Hand verdammt nun weiterhin tausende zur Altersarmut. Dies betrifft besonders die Kolleginnen. Statt angehobener Löhne finanziert der Staat per Aufstockung wenigstens etwas höhere Einkommen. Damit lassen sich die öffentlichen Arbeitgeber ihr asoziales Verhalten auch noch teilweise durch das Arbeitslosengeld- I-System subventionieren. Das schreit zum Himmel.

Arbeiterjugend will die unbefristete Übernahme

Unübersehbar geht ein Ruck durchs Land: Seit 2009 kämpft die IG-Metall-Jugend mit ihrer "Operation Übernahme" geschlossen, kämpferisch und ideenreich für ihre Perspektive: Im März 2011 erneuerten die jungen Metaller auf ihrer Jugendkonferenz einstimmig die Weiterführung der "Operation Übernahme".



Im Oktober 2011 kamen über 20.000 junge Gewerkschafter nach Köln zum großen Aktionstag der IG Metall (Bild).

Die ver.di Jugend ist in den aktuellen Streiks der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes kämpferisch sichtbar. Sie fordert für Auszubildende die Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 100 Euro, die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung sowie die

Übernahme der Fahrtkosten zur Berufsschule durch die Arbeitgeber.

Die junge Generation steht auf für die unbefristete Übernahme. So kämpferische Jungarbeiter hat man seit der Lehrlingsbewegung anfangs der 70er-Jahre (es ging um bessere Ausbildungsbedingungen), nur selten gesehen. Damals wurde viel erreicht. Auch heute ist der Erfolg erkämpfbar. In der Stahlbranche ist es der IG Metall im November 2011 gelungen, die unbefristete Übernahme als Regelfall durchzusetzen. Zwar erlaubt der Vertrag noch Ausnahmen von der Regel: Ist der Betrieb in einer wirtschaftlichen Notlage oder hat er über Bedarf ausgebildet, muss er die Ausgebildeten nur befristet einstellen, mindestens jedoch zwölf Monate. In dieser Zeit können sie wenigstens genügend Berufserfahrung sammeln, um bei einer Bewerbung punkten zu können. Vorher checken Unternehmer und Betriebsrat gemeinsam, ob es auch wirklich keinen Bedarf gibt. Bei Konfliktfällen entscheidet IG Metall und die Arbeitgeber.

Aber auch in der Metallindustrie gibt es schon ermunternde Beispiele. Bei der Firma Bosch in Feuerbach hat die IGM 2010 in ei-

nem Tarifvertrag durchgesetzt, dass der Betrieb über den Eigenbedarf ausbildet und nach Abschluss der Ausbildung dann Weiterbildungsmaßnahmen mit Rückkehrrecht anbietet, z.B. ein Studium an der Uni oder eine Meister- oder Technikerweiterbildung.

Natürlich gib es bei Bosch nichts geschenkt. Die Azubis haben sich ihr Recht auf eine unbefristete Perspektive gemeinsam mit ihren älteren Kollegen Ende 2010 erkämpft. Damals wollte Bosch nur 30 von 103 gewerblichen Auslernern unbefristet übernehmen. Das ließen sich die jungen KollegInnen aber nicht gefallen. Mit tollen Aktionen und Mahnwachen vor dem Werkstor haben sich die jungen Kollegen gegen Bosch durchgesetzt: Alle haben unbefristete Verträge bekommen!

Auf allen Betriebsversammlungen, Kundgebungen und Demos muss die arbeitende Jugend zu Wort kommen! In zahlreichen der aktuellen Aktionen der Gewerkschaften ist das hervorragend gelungen und damit deutliche Zeichen gesetzt, dass die jugendspezifischen Forderungen in der derzeitigen Tarifausersetzung auf keinen Fall in den Hintergrund gedrängt werden dürfen.

"Pinguine" mischen ein Land auf

Schon seit vielen Monaten ist die die Hauptstadt Chiles Schauplatz von Protesten gegen die Politik einer weitgehend privatisierten Bildung. Donnerstags ist Mobilisierungstag. So ist es seit Beginn des studentischen Erwachens. Gymnasiasten in ihren markanten Schuluniformen, Pinguine genannt, besetzten Schule, riefen Protestversammlungen ein, formulierten ihre Forderungen zur Bildung: Ende der Privatisierung, gleiche Chancen für alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, kostenlose und qualifiziert.

Das Erwachen der Schüler und Studenten entwickelt sich bereits zu einem gesellschaft-

lichen Erwachen und zwar zum bedeutendsten seit der Rückkehr Chiles zur Demokratie. Mittlerweile stehen bei den Massenprotesten Studierende an der Seite von Arbeitern, Umweltschützern, Menschenrechtsorganisationen und der indigenen Bevölkerung. Die Demonstrationen zählen nie unter 100.000 Teilnehmer. Eine der tragenden Kräfte der Protestbewegung ist die Kommunistische Jugend Chile. Ihre ehemalige Sprecherin Camila Vallejo (unser Bild) ist Vizepräsidentin des chilenischen Studentenverbandes FECH und mittlerweile weit über die Grenzen ihres Landes bekannt.



Termine

Do ★ 3. Mai: Mitgliederversammlung der DKP Oldenburg (Gäste willkommen). Steinweg 31, 20.00 Uhr.

Mo ★ 7. Mai: MEMORANDUM 2012 - Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Prof. Dr. Rudolf Hickel und Prof. Dr. Mechthild Schrooten. MASCH und ver.di Bremen, Goetheplatz 4, Bremen, 19.00 Uhr.

Sa ★ 12. Mai: Mahn- und Gedenkveranstaltung zum 67. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus in Esterwegen. Busse 13:00 Uhr Alhambra u. 13:30 Uhr Uni. Kundgebung 15:00 Uhr.

Do ★ 24. Mai: Menschenrechte im Dienste des Krieges, Prof. Dr. Norman Paech. MASCH und Friedensforum Bremen, Goetheplatz 4, Bremen, 20.00 Uhr.

Di ★ 19. Juni: Vom Wirtschaftswachstum zum Bruttowohlgefühlprodukt - Ökonomie und anderes, Prof. Dr. Mechthild Schrooten. MASCH und ver.di Bremen, Goetheplatz 4, Bremen, 20.00 Uhr.

Nur Mut!

UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP

Die Kommunistische unter den Linken.

www.kommunisten.de

Jetzt
4 Wochen
kostenlos
probelesen!

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de